
Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte
Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris
(Institut historique allemand)
Band 22/3 (1995)

DOI: 10.11588/fr.1995.3.59568

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

L'un des chapitres les plus intéressants de l'histoire du mouvement de la paix concerne la tentative de collaboration avec les organisations ouvrières et syndicales, avec le parti socialiste. Ce qui rend notamment les relations plus difficiles à l'époque précédant la Première Guerre mondiale, ce sont les tensions internes au parti social-démocrate allemand. En 1914, les discussions au sein du B. I. P. sont vives: neutralité ou prise de position? Préconise-t-on un pacifisme fondé sur le respect des traités et des droits ou un pacifisme qui s'accommode de toutes les décisions des gouvernements respectifs? Le Congrès de La Haye, en 1915, qui correspond et répond à l'attente d'un grand nombre de pacifistes, demande au Bureau de jouer le rôle de médiateur, rôle qui est tout-à-fait de sa compétence.

Après la guerre, la réorganisation du B. I. P. s'avère difficile à cause de la création d'organismes parallèles (La Ligue pour la Société des Nations et d'autres), du manque de flexibilité dans les programmes, du manque d'adaptation aux changements intervenus depuis 1919. Son avenir s'annonce sombre, les barrières idéologiques entre la classe ouvrière et les classes moyennes qui paraissaient déjà infranchissables avant 1939, le seront encore davantage après la Deuxième Guerre mondiale, avec la Guerre froide, le »Rideau de fer«. L'échec de l'idée de paix est également dû à l'éparpillement des différentes forces qui travaillent pour elle.

Cet ouvrage, riche en informations, est un instrument de travail très utile pour quiconque cherche à comprendre le cheminement semé d'embûches du mouvement de la paix.

Marianne WALLE, Rouen

Sébastien GUEX, *La politique monétaire et financière de la Confédération suisse 1900–1920*, Lausanne (Payot) 1993, 504 S.

Der Finanzplatz Schweiz mit seinen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verflechtungen verdankt sein heutiges Erscheinungsbild wesentlich drei Vorgängen zwischen 1900 und 1920: der Verstaatlichung der Eisenbahnen, der Gründung der Schweizerischen Nationalbank und den Auswirkungen des Ersten Weltkrieges. Die Jahre 1900, 1907, 1914 und 1920 markieren Phasen eines Modernisierungsprozesses, dessen beschleunigende und retardierende Faktoren vom Verf. einprägsam vorgestellt werden.

Kapitel 1 stellt die Gründung und Organisation der Schweizerischen Nationalbank im Widerstreit divergierender Interessen dar. Die vergleichsweise späte Entstehung der Nationalbank war kein isolierter Akt. Sie spiegelt vielmehr das Bemühen, dem wachsenden Geldbedarf der öffentlichen Körperschaften – Bund, Kantone und Kommunen – gerecht zu werden. So löste die Verstaatlichung der fünf größten Eisenbahngesellschaften um die Jahrhundertwende einen Kreditbedarf des Bundes in einer Größenordnung aus, der die Möglichkeiten des Schweizer Geldmarktes weit überstieg. Hinzu kamen seine mangelnde Konkurrenzfähigkeit und Abhängigkeit von anderen Staaten, insbesondere von Frankreich. Das politische System der Schweiz reagierte auf diese Herausforderung mit Konzentrationsprozessen im Bankgewerbe und mit der Gründung einer Nationalbank (wodurch sich die Zahl der Notenbanken von 36 auf eine reduzierte).

Kapitel 2 behandelt die Geld- und Kreditpolitik des Bundes von 1900 bis 1914, Kapitel 3 die Finanzpolitik im gleichen Zeitraum. Der Leser erfährt also zuerst, wie weit die Nationalbank ihre währungspolitischen Befugnisse ausschöpfte, d. h. welche Diskont-, Kredit- und Offenermarktpolitik sie betrieb und wie ihre Mindestreserve- und Einlagenpolitik aussah. In Kapitel 3 werden die beiden Haupthindernisse deutlich, die der Erschließung neuer Einnahmequellen durch den Bund entgegenstanden: die föderative Struktur des Landes und die Referendumsdemokratie. Für die helvetische Steuerpolitik galt die Formel »les impôts directs aux cantons et les impôts indirects à la Confédération«.

Die Kapitel 4 und 5 analysieren die geld- und finanzpolitische Vorbereitung der Eidgenossenschaft auf den Ersten Weltkrieg, dessen Finanzierung sowie die durch ihn ausgelöste

Inflation. Ein Hauptziel sah der Bund darin, den neutralen Finanzplatz Schweiz so attraktiv zu gestalten, daß der einkalkulierte Zustrom ausländischen Kapitals sich noch verstärkte.

Kapitel 6 und 7 handeln von der Geld- und Finanzpolitik des Bundes in den Jahren 1914 bis 1920. Im Bereich der Geldpolitik gelang es dem Bund, die kriegsbedingten Turbulenzen so weit aufzufangen, daß – anders als in einigen kriegführenden Staaten – ein Moratorium für Zahlungsverpflichtungen ebenso vermieden werden konnte wie eine Verschlechterung des Verhältnisses zwischen der Goldreserve und der durch sie gedeckten Papiergeldmenge. Zentrale Themen waren die Stabilisierung des Binnenwertes (Inflationsrate) und des Außenwertes (Wechselkursschwankungen) des Schweizer Franken. Kapitel 7 zeigt die Bundesregierung auf der Suche nach neuen Einnahmequellen, die sie sich mit der Einführung einer ersten und zweiten Kriegsteuer, einer Kriegsgewinnsteuer sowie einer Stempelsteuer erschloß.

Das Hauptverdienst der hier vorgestellten Studie liegt darin, daß sie die geld- und finanzpolitischen Konzepte und Entscheidungen nicht einfach als solche analysiert, sondern in ihrem jeweiligen sozio-politischen Kontext vorstellt. Es wird immer auch das Mit-, Neben- und Gegeneinander der tangierten Gruppeninteressen deutlich, also die häufig divergierenden Zielvorstellungen des wirtschaftsbeherrschenden Bürgertums, der Landwirtschaft und der organisierten Arbeiterschaft, die Spannungen zwischen Industriekapital und Bankkapital sowie zwischen Zentralisten und Föderalisten. Ihr volles Relief erhält die unseren Kenntnisstand erweiternde und zudem gut lesbare Darstellung durch nahezu dreißig Graphiken und Tabellen.

Reinhard SCHIFFERS, Bonn

Alain BERGOUNIOUX, Gérard GRUNBERG, *Le long remords du pouvoir. Le Parti socialiste français (1905–1992)*, Paris (Fayard) 1992, 554 S.

Mit diesem Band liegt ein wichtiger Beitrag zum Verständnis der Geschichte der Sozialistischen Partei Frankreichs vor, der zugleich eine Analyse ihrer gegenwärtigen Situation bietet und damit deutlich macht, vor welchen Entscheidungen die Verantwortlichen des PS am Ende der Ära Mitterrand stehen. Bergounioux, der sich als Historiker der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften einen Namen gemacht hat, und der Politikwissenschaftler Grunberg, der bislang vor allem mit Wahlanalysen hervorgetreten ist, haben nicht etwa eine Gesamtdarstellung der Geschichte des französischen Sozialismus geschrieben, wie der Titel glauben machen könnte, sondern eine historische Analyse des Verhältnisses von Programm und Realität, die es ermöglicht, die Funktion der Sozialistischen Partei im politischen System Frankreichs in ihrem allmählichen Wandel zu bestimmen.

Im Mittelpunkt der Untersuchung steht die Frage des Verhältnisses der Sozialistischen Partei zur Regierungsverantwortung im parlamentarischen System und damit das Spannungsverhältnis zwischen revolutionärem Programm und reformistischer Praxis. Bergounioux und Grunberg machen deutlich, daß diese Spannung im französischen Fall deswegen so außerordentlich lange andauerte (und heute noch zu spüren ist), weil der Sozialismus in Frankreich, anders als etwa in Deutschland, nie eine Gegengesellschaft ausbilden konnte. Dazu wurzelte der Sozialismus einerseits zu stark in einer bereits erfolgreichen republikanischen Kultur; andererseits blieb die Arbeitswelt bei der geringen Dynamik der französischen Industrialisierung auch zu heterogen. Das zentrale Problem der Sozialistischen Partei Frankreichs bestand damit von Anfang an darin, Anhänger aus ganz unterschiedlichen Lebenslagen zu integrieren. Das revolutionäre Programm bot sich hier als Lösungsmittel an: Indem es den modernen Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit auf den alten republikanischen Gegensatz zwischen Privilegierten und »Volk« aufsetzte, ermöglichte es ganz unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen, sich mit der sozialistischen Bewegung zu identifizieren.

Weil der Glaube an eine tiefgreifende Veränderung in der Zukunft nicht durch eine gemeinsame sozialdemokratische Kultur oder ein sozialdemokratisches Milieu gestützt